

**Stellungnahme des Deutschen Pflegerates e.V. (DPR)
zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Modellklausel in
die Berufsgesetze der Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten
und Ergotherapeuten
(Bundestags-Drucksache 16/9898 – vom 02.07.2008)**

Der Deutsche Pflegerat als Bundesarbeitsgemeinschaft der Pflege und des Hebammenwesens in Deutschland begrüßt die Gesetzesinitiative zur Eröffnung von Modellklauseln für die Ausbildung von Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten, mit der die Ausbildung an Hochschulen erprobt werden soll.

Für die Pflegeberufe haben sich die Modellklauseln im Kontext der Neustrukturierung der Ausbildungen – insbesondere der Zusammenführung der drei bisherigen Pflegefachberufe zu einem Berufsabschluss – ausdrücklich bewährt. In einer Reihe von Modellen konnten neue Konzepte erprobt und evaluiert werden. Obwohl die Modellklausel es nicht explizit vorsieht, sind inzwischen 12 Modellstudiengänge zur Erstausbildung in der Pflege kombiniert mit dem Erwerb der Berufszulassung auf dem Weg, weitere sind in Vorbereitung. Richtungsweisend ist hier die Entscheidung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit der Gründung eines Gesundheits-Campus in Bochum.

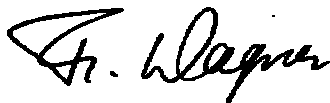
Vor dem Hintergrund positiver Erfahrungen mit akademischen Ausbildungen in den Gesundheitsberufen in anderen Ländern der Europäischen Union und dabei besonders der damit erreichten Verbesserung der Qualität der Versorgung von Patienten und Familien im Kontext von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett ist eine Möglichkeit der Hochschulausbildung unverzichtbar. Nur durch Modelle kann überprüft werden, welche Konzepte der Studiengestaltung die Anforderungen an den Kompetenzerwerb sichern und wie sich diese auf die Versorgungsqualität auswirken. Die bekannten Gegenargumente sind bisher vor allem rein quantitativ (Sorge um Nachwuchs bzw. Zugangshürden) oder wirtschaftlich (wird zu teuer) begründet. Verkannt wird dabei, dass in Zeiten sinkender Zahlen von Schulabgängern eine Attraktivitätssteigerung neben den konkreten Arbeitsbedingungen vor allem durch die Anforderungen – darunter die Zugangsvoraussetzungen und den Ort der Ausbildung – erzielt wird.

Die Durchlässigkeit des Bildungssystems im Sinne von Chancengleichheit für Begabte ist dabei vor allem eine bildungspolitische Herausforderung. Die Probleme im Bereich allgemeinbildender Schulen lassen sich nicht durch isolierte berufsrechtliche Regelungen lösen. Begründbare potenzielle Mehrausgaben wären durch einen Gewinn an Qualität und Effektivität zu rechtfertigen. Grundsätzlich sollten deutsche Patienten und Familien den Anspruch auf eine den anderen EU-Staaten gleichwertige Qualität der Versorgung haben.

Die Sorge, es werde keine ausreichende Qualifikation für den praktischen Teil der Ausbildung vermittelt, wird ebenso durch die Erfahrung in anderen Ländern konterkariert. Es ist zu unterstellen, dass deutsche Student/innen und Hochschullehrende in gleichem Maße wie ihre Kolleg/innen im Ausland in der Lage sind, durch ein Studium Handlungskompetenz zu erreichen.

Darüber hinaus werden für einen Berufssektor, in dem überwiegend Frauen tätig sind, Karriere- und Entwicklungschancen eröffnet.

Berlin, 22. Mai 2009



Franz Wagner MSc
Vize-Präsident

Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) – Kurzporträt

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 15 Verbänden, die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerates.

Präsidentin Marie-Luise Müller

Mitgliedsverbände

- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- AnbieterVerband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundesausschuss der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe e.V. (BA)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Verband Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen e.V. (BALK)
- Deutscher Hebammenverband e.V. (BDH)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Vereinigung der Hygienefachkräfte der Bundesrepublik Deutschland e.V. (VHD)
- Verband der PflegedirektorInnen der Unikliniken e.V. (VPU)